

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2025 / Ausgabe 166 – 18. März 2025



SONDERAUSGABE

Änderung Grundgesetz

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

hinter mir liegen Tage und Wochen des innerlichen Ringens über mein persönliches Verhalten bei der heute durchgeführten Abstimmung. Inhaltlich halte ich das Beschlossene bis auf den Punkt Finanzierung der Bundeswehr/Herstellung von Verteidigungsfähigkeit für falsch. Nachdem eine interne Mitteilung in einer Fraktions-Arbeitsgruppe an die Medien durchgesteckt wurde, habe ich die Reaktionen hierauf sorgfältig beobachtet. Leider zeichnete sich schnell ab, dass keine hinreichende Zahl von Kollegen bereit wäre, die Grundgesetzänderung zu verhindern. Um in meinem Urteil sicherer zu werden, habe ich meine Vorsitzenden der örtlichen CDU-Verbände und unserer Vereinigungen um ein Stimmungsbild gebeten. Einig waren sich alle in der Einschätzung, dass unsere

Verteidigungsfähigkeit schnell hergestellt werden muss. Für eine hierfür erforderliche Änderung des Grundgesetzes ist es sogar vertretbar, den alten Bundestag trotz Störgefühls nochmals zusammenzurufen, um nicht von den Stimmen der Mauerschützenpartei „Die Linke“ und den Putinfreunden bei der AfD abhängig zu sein, die zusammen im neuen Bundestag über eine Sperrminorität verfügen.

Ansonsten waren die Rückmeldungen uneinheitlich: Wenn Du für Deutschland und Deine Heimat noch was erreichen willst, darfst Du Dich nicht außerhalb der Fraktion stellen, mit der Faust in der Tasche zustimmen, um bei den anstehenden einfachen Gesetzen Einfluss nehmen zu können, die Kommunen brauchen dringend mehr Geld, da wird schon was abfallen, aber auch: Kann doch nicht sein, dass die abgewählten Grünen mitbestimmen und wenigstens Du musst stehen bleiben.

Letztlich habe ich mich entschieden, wie unten beschrieben. Ich danke allen für gegebenen Rat und entschuldige ich bei meinen fünf Kindern und zwei Enkeln sowie denen, die von dieser Entscheidung persönlich enttäuscht sind. Nachdem das gegenwärtige Spiel verloren ist, will ich mich auf die kommenden konzentrieren: Aufgrund des geänderten Grundgesetzes fließt kein einziger Cent. Alles muss einfach gesetzlich von einer neuen Mehrheit geregelt werden. Hieran aktiv gestaltend mitzuwirken, bleibt meine Aufgabe.

Hier meine zu Protokoll gegebene Erklärung:

Persönliche Erklärung nach §31 Abs. 1 der GO BT

1. Eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben über das bisher geplante Maß hinaus halte ich für geboten angesichts der geopolitischen Lage. Eine hierauf beschränkte Änderung am Grundgesetz halte ich für akzeptabel, sei es im Wege eines erhöhten „Sondervermögens“ oder durch (ggf. teilweise) Herausnahme des EP 14 aus den Verpflichtungen der Schuldenbremse.
2. Für mich als Hessen ist der letzte Satz des 1. Absatzes („Bestehende landesrechtliche Regelungen, die hinter der gemäß Satz 7 festgelegten Kreditobergrenze zurückbleiben, treten außer Kraft.“) nicht akzeptabel. Am 27. März 2011 fand in Hessen eine Volksabstimmung zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Landesverfassung statt. Eine solche unmittelbare Befassung des Volkes ist in Hessen zur Verfassungsänderung notwendig. Dem stimmten 70% der Wahlbürger Hessens zu. Da hier der Souverän selbst gesprochen hat, kommt es uns nicht zu, dies auf dem Wege der Grundgesetzänderung zu konterkarieren.
3. Die 500 Milliarden für „Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“ sind

sehr unbestimmt. Die Formulierung zum Klimaschutz verhindert dringend benötigte Investitionen, eröffnet Klagemöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen in Deutschland und hat in einem Verfassungstext nichts verloren. Die Aussicht auf schmerzfreie Finanzierungsmöglichkeiten politischer Wünsche wird die erforderliche Konsolidierung und notwendige Strukturanpassungen unnötig erschweren.

Unter Zurückstellung dieser Bedenken stimme ich der GG-Änderung zu, weil ich das starke Signal an unsere Gegner und an die Partner in NATO und Europa für erforderlich halte: Wir Deutsche werden alles Notwendige tun, um unsere Verteidigungsfähigkeit in glaubwürdiger Weise herzustellen. Seit ich dem Bundestag angehöre, habe ich mich für eine starke Armee eingesetzt, getreu dem Motto „Wenn Du den Frieden willst, sei auf den Krieg vorbereitet“. Ohne Freiheit ist alles nichts. Wir leben in einer Welt, in der Russland seine Nachbarn überfällt, die USA ihren strategischen Fokus in den Indopazifik verlagern und Europa militärisch auf sich allein gestellt ist. Wir dürfen nicht länger in sicherheitspolitischer Unselbständigkeit verharren.

Ich verknüpfe mit meiner Zustimmung die Erwartung, dass wir im Laufe der Koalitionsverhandlungen die Beendigung der illegalen Zuwanderung ebenso errei-

chen, wie eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Die Abschaffung des Bürgergeldes gehört hierzu: Wir dürfen zukünftig nur noch denen helfen, die nicht können, nicht aber jenen, die nicht wollen. Ohne echte Strukturreformen, durchgreifenden Bürokratieabbau, Vereinfachungen in Planungs- und Genehmigungsverfahren werden zusätzliche schuldenfinanzierte Investitionen nicht umgesetzt werden können oder strohfeuerartig verpuffen.

Herzlichst Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook/Instagram

Ihnen gefällt mein Hauptstadtbrief und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook und Instagram zu folgen.

www.facebook.com/klauspeter.willsch

www.instagram.com/klauspeterwillsch

Kontakt

Büro Berlin

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstrasse 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de